

MARTIN THUNERT

Die kanadischen Unterhauswahlen vom 20. September 2021: Die Ära Justin Trudeau geht weiter – zumindest vorerst

Im September 2021 fand in Kanada eine sehr kurzfristig angesetzte Parlamentswahl statt. Im Frühsommer 2021 standen die Umfragewerte von Justins Trudeaus Liberaler Partei gut, ein deutlicher Stimmenzuwachs stand in Aussicht, vielleicht sogar eine absolute Mehrheit der Sitze. Dennoch überschätzte der Premier die Unterstützung seiner Landsleute für das Vorhaben eines Wahlgangs mitten in der Pandemie, als er Mitte August das Parlament auflösen lies und vorgezogene Neuwahlen ausrief, offenbar in dem Glauben, gestärkt aus ihnen hervorzugehen. Viele Kanadier:innen reagierten über den Schritt aber verärgert. Umfragen zeigten, dass eine große Mehrheit die Wahl für unnötig hielt, da die Minderheitsregierung Trudeaus handlungsfähig war und stets Mehrheiten für ihre Vorhaben gewinnen konnte – zumeist in Form parlamentarischer Unterstützung durch die NDP. Vor dem Hintergrund der vierten Welle von COVID-19, wachsender Klimawandelsorgen und anhaltender wirtschaftlicher Unsicherheit – insbesondere hinsichtlich der Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums – gingen die Kanadier:innen also am 20. September 2021 an die Urnen und entschieden sich nach 2019 erneut für eine von der Liberalen Partei unter Justin Trudeau geführte Minderheitsregierung.

Nach einem 36-tägigen Wahlkampf, in dem die Parteien insbesondere ihre Vorschläge zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sowie ihre konkurrierenden Visionen für die wirtschaftliche Erholung Kanadas präsentierten, hat sich an den Präferenzen der Wähler:innen offenbar nur wenig geändert. Im Ergebnis bestätigte die Wahl im Großen und Ganzen den politischen Status quo, was bedeutet, dass die Zusammensetzung des neuen Unterhauses in etwa so aussieht wie die des alten. Daher haben wir uns entschieden, anders als bei früheren Wahlen diesmal keine ausführliche Wahlanalyse für die Forumsrubrik einzuwerben. Zum Wahlergebnis daher nur einige zusammenfassende Bemerkungen:

Die Liberalen gewannen mit 160 Sitzen die relative Mehrheit der 308 zu vergebenen Mandate. Da sie damit die für eine Mehrheit im Unterhaus erforderlichen 170 Sitze nicht erreichten, bildeten sie erneut eine Minderheitsregierung, die von den kleineren Parteien immer wieder unterstützt wird – insbesondere von der NDP. Koalitionen mit der Regierungsbeteiligung kleinerer Parteien gibt es in Kanada auf Bundesebene weiterhin nicht, wohingegen Minderheitsregierungen in der politischen Kultur des Landes fest verankert sind. Die Liberalen stellten mit einem Stimmenanteil

von 32,6 % einen Rekord für den niedrigsten Stimmenanteil einer Partei auf, die später die Regierung bilden sollte. Obwohl die Konservative Partei Kanadas (CPC) unter ihrem neuen Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten Erin O'Toole eine relative Mehrheit der Wählerstimmen erzielte, lag sie nach Sitzen gemessen mit 119 Abgeordneten, zwei weniger als 2019, deutlich hinter der Liberalen Partei zurück und bildet weiterhin die offizielle Opposition. Der *Bloc Québécois* unter der Führung von Yves-François Blanchet gewann 32 Sitze, unverändert gegenüber der letzten Wahl, und bleibt damit drittstärkste Partei. Die von Jagmeet Singh geführte *New Democratic Party* gewann 25 Sitze, ein Nettozuwachs von einem Sitz, blieb aber dennoch hinter den Erwartungen zurück. Die Grüne Partei behielt zwei Sitze, aber die Parteivorsitzende Annamie Paul wurde zum dritten Mal in ihrem Wahlkreis *Toronto Centre* geschlagen. Die Grüne Partei erhielt 2,3 % der Wählerstimmen, etwa ein Drittel ihres Ergebnisses von 2019, und Paul trat zwei Monate nach der Wahl als Vorsitzende zurück. Die rechtspopulistische *People's Party of Canada* (PPC) gewann keine Sitze, obwohl sie fast 5 % der Wählerstimmen erhielt, der Parteivorsitzende Maxime Bernier unterlag wie 2019 in seinem Wahlkreis Beauce.

Wie lässt sich das Ergebnis deuten? Die Ergebnisse und Analysen von *Elections Canada* deuten darauf hin, dass die Wähler:innen von Justin Trudeaus Bilanz nicht hinreichend beeindruckt waren, um ihn mit der erhofften absoluten Mehrheit auszustatten. Aber anscheinend haben sie die Liberalen auch nicht dafür bestraft, dass sie eine vorgezogene Wahl angesetzt hatten. Obwohl viele kanadischen Wähler:innen – aus durchaus unterschiedlichen Gründen – unzufrieden mit und auch wütend auf Trudeau waren, blieben insbesondere Kanadier:innen in den wahlentscheidenden, zumeist suburbanen Wahlkreisen Ontarios unsicher, ob sie bereit für den Herausforderer der Konservativen, Erin O'Toole, waren und sie ihm glauben sollten, dass er der progressive Konservative ist, als der er sich im Wahlkampf verkauft hatte – etwa bei den Themen Abtreibung oder Klimawandel. Gleichzeitig kann man davon ausgehen, dass das mit 5 % vergleichsweise gute Abschneiden der *People's Party* den Konservativen den Sieg in zehn oder mehr Wahlkreisen gekostet hat, in denen der Abstand der Konservativen zu den Gewinnern des jeweiligen Wahlkreises geringer war, als der Stimmenanteil der PPC im jeweiligen Wahlkreis. Dass die Konservative Partei nun schon zum zweiten Mal eine landesweite relative Stimmenmehrheit erzielte, bei den Sitzen aber deutlich hinter den siegreichen Liberalen zurücklag, wird die Diskussion um das in Kanada zur Anwendung kommende relative Mehrheitswahlrecht nicht verstummen lassen. Trudeau hatte zwar nach seinem Wahlsieg 2015 angekündigt, dass 2015 die letzte Unterhauswahl in Kanada gewesen sei, die nach dem relativen Mehrheitswahlrecht durchgeführt wurde, aber eine Wahlrechtsreform blieb aus, nicht zuletzt, weil die regierenden Liberalen in jüngster Zeit drei Wahlsiege unter dem bestehenden System erzielt hatten.

Für Justin Trudeau bedeutet das Wahlergebnis eine Stärkung und Schwächung zugleich. Die Liberalen wurden unter seiner Führung zum dritten Mal in Folge die nach Sitzen deutlich stärkste Partei im kanadischen Unterhaus. Sollte das gegenwärtige

Parlament seine Legislaturperiode voll ausschöpfen, so wäre er nach dem Ende seiner dritten Amtszeit 10 Jahre kanadischer Premierminister. Justin Trudeau reiht sich damit in eine Liste von nur acht kanadischen Regierungschefs ein, die ihre Partei zu drei oder mehr Wahlsiegen geführt haben, neben John A. Macdonald, Wilfrid Laurier, Mackenzie King, John Diefenbaker, Pierre Trudeau, Jean Chrétien und Stephen Harper. Damit ist er nun dabei gleichzuziehen mit den beiden Premierministern, welche in den 20 Jahren vor seinem Amtsantritt dominierten – Chrétien und Harper. Wir werden also zum zweiten Mal in der kanadischen Geschichte von einer Ära Trudeau sprechen. Auch international dürfte der kanadische Premierminister mit dem neuen Mandat an Statur gewonnen haben. Wenn die Gruppe der führenden (westlichen) Wirtschaftsnationen (G7) im Sommer 2022 unter deutschem Vorsitz zu ihrem Gipfeltreffen in Elmau (Bayern) zusammentrifft, wird der noch vergleichsweise junge Justin Trudeau derzeit der am längsten amtierende Regierungschef des Staatenclubs sein, nachdem Angela Merkel die Bühne kürzlich verlassen hat.

Die politische Schwächung Trudeaus besteht insbesondere darin, dass er sein erklärtes Wahlziel, eine parlamentarische Mehrheit für den Politikansatz seiner Partei zu erhalten, erneut und trotz im Frühsommer sehr guter Umfragewerte verfehlt hat. Mit der neuen Finanzministerin Chrystia Freeland, die vor der Übernahme ihres jetzigen Ressorts bereits seit 2015 in der Regierung Trudeau in mehreren anderen Funktionen tätig war, steht der Liberalen Partei nunmehr eine klare und momentan unangefochtene ‚Kronprinzessin‘ für das Amt der Regierungschefin zur Verfügung, sollte Justin Trudeau vorzeitig zurücktreten oder politisch ins Straucheln geraten.

Die bemerkenswerte Ähnlichkeit der Ergebnisse 2021 mit denen der Unterhauswahl 2019 könnte die Wähler:innen in ihrem Gefühl bestärkt haben, dass die vorgezogenen Wahlen unnötig waren. Wie es aussieht, haben die ‚mageren‘ Ergebnisse ihre Spuren bei der Wahlbevölkerung hinterlassen. Eine Umfrage von *Maru Public Opinion* ergab, dass 77 % der Befragten glauben, dass Kanada auch nach der Wahl von 2021 gespaltener ist denn je, und 52 % meinen, dass das demokratische System Kanadas nicht mehr in Ordnung sei. Diesbezüglich kommt eine Menge Arbeit auf die im Amt bestätigte Regierung zu.

In der ‚Thronrede‘ vom 23. November 2021 verkündete die neue Generalgouverneurin Kanadas, Mary Simon, die erste indigene Person, die das Amt des Generalgouverneurs von Kanada bekleidet, die Prioritäten der alten und neuen Minderheitsregierung Trudeau. Thronreden enthalten in der Regel wenig Überraschungen, speziell wenn sie auf Wahlen folgen, sind sie doch vorhersehbar und spiegeln das im Wahlkampf präsentierte Programm der siegreichen Partei. So war es auch diesmal. Die Prioritäten Trudeaus waren klar erkennbar: Kurzfristig stehen Hilfen und Erleichterungen für bestimmte, von der Pandemie besonders betroffene Industriezweige im Vordergrund; dazu kommen ein neues Gesetz zum Schutz der Beschäftigten im Gesundheitswesen, die Erweiterung der bezahlten Krankheitstage für Arbeitnehmer:innen des öffentlichen Dienstes und analogen Beschäftigungen auf Bundesebene sowie der dritte Versuch der Liberalen, ein Gesetz zum Verbot der Konversionstherapie zu

verabschieden. Die Fraktionsführung der NDP ließ erkennen, dass die Partei die Regierung zumindest in Bezug auf die ausgedehnten Krankheitstage und die Konversionstherapie unterstützen werde. Darüber hinaus geht es der Regierung Trudeau generell darum, den Kampf gegen die Covid-19-Pandemie zu intensivieren und möglichst zu beenden, die Erschwinglichkeit von Wohnraum und Kinderbetreuung anzugehen und die Versöhnung mit den indigenen Völkern voranzutreiben.

Vermutlich wird sich die alte und neue Regierung auch mit den bereits im November 2019 veröffentlichten Empfehlungen des Ständigen Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und internationalen Handel (*The Senate Committee on Foreign Affairs and International Trade*),¹ dem auch der ehemalige kanadische Botschafter in Deutschland und heutige Senator Peter M. Boehm angehört, mit dem Titel „Kulturdiplomatie an vorderster Stelle der kanadischen Außenpolitik“ (*Cultural Diplomacy at the Front Stage of Canada's Foreign Policy*) beschäftigen. Die achte und letzte Empfehlung in diesem Bericht lautet sinngemäß übersetzt: Der Ausschuss empfiehlt, dass *Global Affairs Canada* (der offizielle Name des Außenministeriums) die Schaffung eines modernisierten Programms für Kanada-Studien unterstützt, das zum Wissen über Kanada in der Welt beitragen würde. Übrigens wird im Beitrag von Kerstin Knopf in diesem Heft der intellektuelle Hintergrund beleuchtet, der dazu führte, dass es diese Empfehlung nicht zuletzt im Kontext der Arbeit der *Advancing Canada Coalition* (<https://advancingcanada.org>) oder auch des ICCS in den Abschlussbericht des Ausschusses geschafft hat. Vielleicht bleibt ja doch zu hoffen, dass an der Umsetzung dieser Empfehlung zur erneuten und modernisierten Förderung der weltweiten Kanada-Studien gearbeitet wird. 2022 wäre dafür ein geeigneter Zeitpunkt, denn es ist dann genau zehn Jahre her, dass der Beschluss zur Einstellung des internationalen Förderprogramms ‚Understanding Canada‘ getroffen wurde. Hoffen wir also, dass der Beschluss nach einer Dekade korrigiert wird.

1 Cf. <https://sencanada.ca/en/info-page/parl-42-1/aefa-cultural-diplomacy/>.